

Verba volant

Onlinebeiträge des Vorarlberger Landesarchivs
www.landesarchiv.at

Nr. 24 (10.09.2008)



Jubiläumjahr 2005
Vorarlberg. Österreich. Europa.

Freiheit und Einheit

Ulrich Nachbaur

Vortrag beim Festakt „Freiheit und Einheit“ am 7. April 2005 in Bregenz (Landhaus). Alle Rechte beim Autor.

Auch veröffentlicht in: Aufbruch in eine neue Zeit. Vorarlberger Almanach zum Jubiläumjahr 2005, hg. von Ulrich Nachbaur/Alois Niederstätter. Bregenz 2006, S. 25-29.

Vgl. Ulrich Nachbaur, Freiheit und Einheit. Ein selbständiges Vorarlberg in einem freien Österreich Ausstellung (Ausstellungskataloge des Vorarlberger Landesarchivs 12). Bregenz 2005.

Fünf Jahre hatte sich Österreich gewehrt, doch als die deutsche Wehrmacht 1938 einmarschierte, stieß sie auf keinen Widerstand mehr. Die demokratischen Großmächte sahen zu, räumten Hitler sogar vertraglich das „Sudetenland“ ein, um den großen Krieg zu vermeiden. Eine kurzsichtige Beschwichtigungspolitik.

Am 1. November 1943 erklären in Moskau die Außenminister Großbritanniens, der Sowjetunion und der USA, ihre Regierungen seien sich einig, *„dass Österreich, „das erste freie Land, das der typischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer fallen sollte, von deutscher Herrschaft befreit werden soll.“* Sie betrachteten die Besetzung als null und nichtig und wünschten, *„ein freies unabhängiges Österreich wiederhergestellt zu sehen und dadurch ebenso sehr den Österreichern selbst wie den Nachbarstaaten,*

die sich ähnlichen Problemen gegenübergestellt sehen werden, die Bahn zu ebnen, auf der sie die politische und wirtschaftliche Sicherheit finden können, die die einzige Grundlage für einen dauernden Frieden ist.“

Diese „Moskauer Deklaration“ ist die „Zeugungsurkunde“ der Zweiten Republik. Sie sollte freilich auch gegen Hitler mobilisieren: Österreich wird an eine Mitverantwortung am Krieg an der Seite Hitler-Deutschlands erinnert und müsse entsprechend selbst zu seiner Befreiung beitragen.

Tausendfach wird diese Erklärung auch über Vorarlberg abgeworfen. Hoffnung keimt auf, ein freies, demokratisches Österreich könnte wieder erstehen.

Das 1940 von Hitlers Wehrmacht überrollte Frankreich sitzt noch nicht am Tisch der Mächtigen. Doch das französische Komitee der Nationalen Befreiung, geführt von General Charles de Gaulle, schließt sich in Algier dieser Deklaration an. In den Kolonien hatte die Exilregierung neue Truppen aufgebaut. Doch auch in Jalta ist sie nicht vertreten, als im Februar 1945 die Weichen in die Nachkriegszeit gestellt werden. Aber die „großen Drei“ einigen sich darauf, Deutschland und Österreich in je vier Besatzungszonen aufzuteilen und Frankreich in die gemeinsame Kontrolle einzubeziehen.

Das ist der Startschuss für den Wettlauf der alliierten Streitkräfte nach Österreich. Im April stehen Verbände der 1. französischen Armee am Bodensee. Sie einigen sich mit den Amerikanern, durch Vorarlberg in die österreichischen Alpen vorzustoßen, möglichst bis Landeck. Die Übergabe der Lazarettstadt Bregenz scheitert. Am 1. Mai eröffnen die Franzosen das Feuer. Bald liegt das Zentrum in Schutt und Asche. Vom Rathaus aber wehen wieder rot-weiße Fahnen. Zeichen der Hoffnung auf Frieden, in einem geeinten und selbständigen Vorarlberg. Denn das „Land Vorarlberg“ gibt es nicht mehr.

Ab 13. März 1938 waren die ehemaligen Bundesländer des neuen reichsdeutschen „Landes Österreich“ nur noch „Länder in Liquidation“. Das Kleinwalsertal wurde im Oktober 1938 zu Bayern geschlagen. Was mit dem Rest Vorarlbergs geschehen sollte, blieb bis zum Ende des „Großdeutschen Reiches“ unklar.

Berlin wollte in der „Ostmark“ den zentralistischen Einheitsstaat der Zukunft proben. 1939 wurden vorerst sieben Reichsgaue errichtet und Vorarlberg erhielt einen Sonderstatus: Es bildete bis auf weiteres einen eigenen

Verwaltungsbezirk und eine Selbstverwaltungskörperschaft, die vom Reichsstatthalter in Tirol zu leiten waren. So sehr sich der auch bemühte, er vermochte „Vorarlberg“ nicht auszumerzen. Dafür sorgte schon die Bezeichnung „Reichsgau Tirol und Vorarlberg“. Die Selbstverwaltungskörperschaften, die ehemaligen Landesvermögen von Tirol und Vorarlberg, blieben getrennt, was 1945 die Rechtsnachfolge erleichterte.

Diese Vorgeschichte ist wichtig, um die Besonderheiten der Wiederherstellung des Landes Vorarlberg zu verstehen. Sie ist aber nebensächlich, wenn wir an die unvorstellbaren Verbrechen in nationalsozialistischer Zeit denken: Im Mai 1945 befreit die französische Armee Vorarlberg von einer menschenverachtenden Diktatur.

Während für amerikanische und britische Soldaten ein „Fraternisierungsverbot“ gilt, lassen die Franzosen an den Landesgrenzen Tafeln aufstellen, um ihre nachrückenden Truppen zu ermahnen, dass sie das Feindesland verlassen: *„Ici l’Autriche, pays ami“* – hier ist Österreich, ein befreundetes Land! Eine Panzerdivision bildet die Speerspitze, gefolgt von zwei marokkanischen Gebirgsdivisionen.

Marokko ist französisches Protektorat. In den alliierten Armeen kämpfen und sterben Soldaten aus den Kolonien für die Freiheit Europas, während ihren Nationen die Selbstbestimmung versagt bleiben soll. Ähnliches gilt für die Bürgerrechte der afroamerikanischen „GIs“. Es ist daher keine Folklore, wenn sich der Sultan von Marokko im Juni 1945 in Bregenz selbstbewusst von seinen Truppen huldigen lässt.

In der ersten Maiwoche kämpfen sich Franzosen und Marokkaner bis zum schneebedeckten Arlberg vor. Auch tapfere Vorarlberger lassen ihr Leben. Der Kleinwalsertaler „Heimatschutz“ lotst noch eine Einheit über den Tannberg nach Tirol, doch hinter St. Anton treffen sie bereits auf Amerikaner. Der Vormarsch ist gestoppt. Am Tag darauf, am 8. Mai, kapituliert die deutsche Wehrmacht. Für Europa ist der Krieg zu Ende. – Doch wer wird die Nachkriegszeit „gewinnen“?

Frankreichs Strategie für Österreich ist klar: Ein freies und unabhängiges Österreich, um Deutschland zu schwächen und Frankreichs Einfluss in Mittel- und Osteuropa zu stärken. – Doch mit welcher Taktik? Weiterhin eine Politik des „Fait accompli“, einfach Tatsachen zu schaffen?

Das Truppenkommando für Vorarlberg schlägt seine Zelte in Feldkirch auf. In dieser ersten Phase ist General René de Hesdin, Kommandant der 4. marokkanischen Gebirgsdivision, zugleich provisorischer Chef der Militärregierung. Die Franzosen setzen neue Bürgermeister ein und reaktivierten die ehemaligen Bezirkshauptmänner. Aber sie zögern etwas, eine zivile Landesregierung zu ernennen. Die Militärs müssen sich orientieren. Wem sollen sie trauen? Einem Feldkircher Kreis der „Widerstandsbewegung“, einem Dornbirner Kreis von Christlichsozialen oder Sonstigen? Wem diese Aufgabe anvertrauen?

Als Regierungschef wird sofort der 40-jährige Dornbirner Bauer Ulrich Ilg ins Spiel gebracht. Ein anderer Kandidat ist nicht überliefert. Er wird später glaubhaft betonen, sich nicht vorgedrängt zu haben. Aber wer ist im Mai 1945 geeigneter als Ulrich Ilg?

Das drängendste Problem ist die Ernährung. Daher sollen die Bauern die Führung übernehmen. Was liegt näher, als auf den Landesbauernführer der Vorkriegszeit zurückzugreifen, auf einen Staatssekretär außer Dienst, der als standhafter Gegner des Nationalsozialismus bekannt ist?

Ilg hatte den autoritären „Ständestaat“ mitgetragen, wenngleich in der Hoffnung, ihn demokratisch weiterentwickeln zu können. Die Bauern übernahmen 1934 auch im Industrieland Vorarlberg erstmals die Führung. Ihren „Jungstar“ Ulrich Ilg berief Engelbert Dollfuß als Staatssekretär in seine Regierung. Doch diese Karriere endete schon nach drei Wochen mit der Ermordung des Bundeskanzlers durch nationalsozialistische Putschisten. 1936 erregte der junge Bauernführer Aufsehen, als er im Vorarlberger „Berufsstand Land- und Forstwirtschaft“ freie Wahlen durchführte. Ilg war damit der einzige namhafte österreichische Politiker jener Zeit, der für sich eine demokratische Legitimation in Anspruch nehmen konnte. Und im Frühjahr 1945 sind die Bauern die einzigen, die noch über eine Organisationsmacht verfügen.

Doch Ilg stellt den Militärs Bedingungen: Es müssen ausschließlich Einheimische betraut werden und mit der Bestellung einer Landesregierung muss die Militärregierung die Selbstverwaltung des Landes Vorarlberg wieder herstellen. – Wird er damit Erfolg haben?

Nun laufen die Fäden der Regierungsbildung in Dornbirn zusammen. Eduard Ulmer, ehemals Landesführer der „Vaterländischen Front“, überzeugt Ulrich Ilg, die Führung zu übernehmen. Bereits am 6. Mai konnte Ilg über den

Rundfunk zum verstärkten Anbau von Feldfrüchten aufrufen. Ein erstes Signal an die Bevölkerung. Um den 15. Mai gibt er seine „Kabinettsliste“ in Feldkirch ein: fünf Christlichsoziale, darunter drei Bauern, und drei Sozialdemokraten.

Es vergehen bange Tage. Werden die Franzosen die Liste akzeptieren? Werden sie die Landesautonomie wiederherstellen? Oder werden sie gar bis zu einer Gesamtlösung der „Österreich-Frage“ zuwarten?

Die Alliierten sind von einer Einigung über Österreich noch weit entfernt. Frankreich kann sich seiner Rolle nicht sicher sein. Wenn De Gaulle am 20. Mai seine Truppen im Kleinwalsertal besucht, unterstreicht er damit wohl den Anspruch, in Österreich mitzubestimmen. Und vielleicht beschleunigt dieser Besuch die Entscheidung für ein rasches „Fait accompli“ in Vorarlberg.

Vier Tage später, am 24. Mai 1945, bestellt General de Hesdin einen „Vorarlberger Landesausschuss“ als provisorische oberste Behörde der zivilen Verwaltung des „Landes Vorarlberg“ mit Sitz in Feldkirch. Der Landesausschuss ist der Militärregierung unterstellt. Ilg wird zum Präsidenten, der Feldkircher Sozialdemokrat Jakob Bertsch zum Vizepräsidenten ernannt.

Der General lädt zum Festessen. Anschließend tritt der Landesausschuss im Gesellenhaus zusammen, um sofort die Arbeit aufzunehmen. Ilg verliest das Beststellungsdekret und stellt fest, dass durch dieses Dekret die Selbstverwaltung des Landes Vorarlberg wieder hergestellt ist: *„Wir können uns [...] mit Recht freuen,“* erklärt Ilg, *„dass die Besatzungsmacht in Verbindung mit dem Ziel des Wiederaufbaues Österreichs auch der Wiederherstellung unserer Selbstverwaltung Verständnis entgegengebracht hat.“*

Der „Wiederaufbau Österreichs“ ist ein Ziel, aber noch kein Faktum. Hinter Sankt Anton verläuft eine Demarkationslinie. Wie lange noch, weiß niemand.

Unter Kontrolle der Militärregierung übernimmt der Landesausschuss die komplette staatliche Rechtssetzung und Verwaltung. Für die ehemalige Landes- und Bundesverwaltung werden getrennte Rechnungen geführt. Darüber hinaus kann der Landesausschuss keine Rücksicht nehmen. Vorarlberg ist auf sich allein gestellt.

Als Folge der deutschen Verwaltungsreform haben sämtliche staatlichen Dienststellen der Mittelstufe ihren Sitz in Innsbruck, Salzburg oder Augsburg. Als besonderes Handikap kommt hinzu, dass die Vorarlberger nicht eine Behörde des Reichsstatthalters übernehmen können. Die ehemalige Landesverwaltung auf Regierungsebene war aufgelöst und nach Innsbruck verlagert worden. Aus dem Nichts muss ein „Amt des Vorarlberger Landesausschusses“ aufgebaut werden, mit geliehenen Schreibmaschinen.

Die Wiederherstellung des Landes Vorarlberg erfolgte am 24. Mai 1945 völlig unabhängig von Wien.

Die Nachrichten aus Wien sind spärlich und stützen sich auf Schweizer Medien. Die Sowjets haben Wien bereits am 13. April befreit, halten jedoch die westlichen Alliierten und Journalisten fern. Die „Neue Zürcher Zeitung“ berichtet, dass sich in Wien drei „antifaschistische“ Parteien gebildet haben – eine „Kommunistische Partei Österreichs“, eine „Sozialistische Partei Österreichs“ und eine „Österreichische Volkspartei“ –, die am 27. April die Unabhängigkeit der Republik Österreich ausgerufen und unter dem Sozialisten Karl Renner eine provisorische Staatsregierung gebildet hätten. Am 22. Mai übernimmt die NZZ via London eine Meldung aus Moskau, dass Renners Kabinett das Verfassungsgesetz vom 1. Mai über eine vorläufige Organisation der demokratischen Republik Österreich gutgeheißen habe. Was sich dahinter verbirgt, wird nicht klar.

Renners Ziel war wie 1918 ein zentralistischer Einheitsstaat: straffe Kreisverwaltung statt autonomer Landesgesetzgebung. Doch SPÖ-Chef Adolf Schärf erkannte die Gefahr: Einerseits zielten die Kommunisten auf eine „Volksdemokratie“ ab. Andererseits würde die Wiedereingliederung der außerhalb der Sowjetzone liegenden Bundesländer außerordentlich erschwert. Renner stimmt einem Kompromiss zu: Im Übergang eine straffe zentralistische Verfassung; automatisch anschließend die Wiederherstellung der Verfassungszustände, wie sie bis zur Ausschaltung des Nationalrats 1933 bestanden haben; Änderungen erst durch ein frei gewähltes Parlament.

Der Kabinettsrat verabschiedet zwei Verfassungsgesetze, die auf 1. Mai 1945 zurückdatiert werden. Die „Vorläufige Verfassung“, mit der die Regierung Renner die Bundes- und Ländergesetzgebung für sich beansprucht, soll allerdings erst sechs Monate nach dem Zusammentritt der

„Volksvertretung“ außer Kraft treten. Frühestens dann könnten demnach wieder autonome Länder entstehen; doch ausdrücklich nur, sofern und insoweit die Volksvertretung die bundesstaatliche Organisationsform überhaupt wieder zur Geltung bringen will.

Für Föderalisten ist diese „Vorläufige Verfassung“ schlichtweg inakzeptabel und sie gerät mehr und mehr in Widerspruch mit der Wirklichkeit. Außerhalb der Sowjetzone ist sie irrelevant, denn die westlichen Alliierten erkennen die Regierung Renner nicht an, wähen in ihr eine weitere Marionettenregierung Moskaus.

Doch auch Renner tut „als ob“. Während die Alliierten noch miteinander beschäftigt sind, nützt die Regierung Renner die lange Leine der Sowjets, um in kurzer Zeit die staatlichen Grundlagen zu schaffen. Eine diplomatische Meisterleistung, deren Erfolg jedoch noch nicht absehbar ist.

In Vorarlberg treffen Mitte Juni die französischen Verwaltungsstäbe ein. Mit der „eigentlichen“ Militärregierung kann der Landesausschuss von Feldkirch nach Bregenz übersiedeln.

Anfang Juli einigen sich die Alliierten über ein Kontrollsystem für Österreich. Frankreich erhält Nordtirol und Teile Wiens als Besatzungszone hinzu. Eine Alliierte Kommission soll für Angelegenheiten zuständig sein, die Österreich in seiner Gesamtheit betreffen, die Verwaltungshoheit in den einzelnen Zonen bleibt dem jeweiligen militärischen Kommissar vorbehalten. Zu den wichtigsten Aufgaben zählt die rasche Errichtung einer frei gewählten, von allen vier Mächten anerkannten Regierung. Jedenfalls bis dahin soll dieses Kontrollsystem in Kraft bleiben. – Aber wie lange wird das dauern?

Nicht nur die Alliierten begegnen einander mit Misstrauen.

„Selbstverständlich mußte die Einheit möglichst bald erreicht werden“, erinnerte sich Ulrich Ilg, *„aber nicht unter Aufzwingung einer neuen Verfassung und nur unter Hintanhaltung eines zu großen kommunistischen Einflusses.“* – Keine Einheit um den Preis der Freiheit! Das ist in etwa auch die Linie, auf die sich die Spitzen der ÖVP ab Ende Juli auf drei Konferenzen in Salzburg einigen.

Am 11. September nimmt der Alliierte Rat in Wien endlich seine Arbeit auf. Renner erreicht die Zustimmung, für den 24. September eine dreitägige Länderkonferenz nach Wien einzuberufen. Wird sie den Durchbruch

bringen? Können Einigungen erzielt werden? Werden die Alliierten die Beschlüsse anerkennen? – Ein Scheitern hätte unabsehbare Folgen.

Ein Kurier bringt die Einladung kurzfristig nach Vorarlberg. In Salzburg steht kein Flugzeug bereit, zwei Tage dauert die Autofahrt nach Wien, die Vorarlberger und Tiroler verspäten sich, die Verhandlungen können erst am zweiten Tag beginnen. Ulrich Ilg kämpft in der Politischen Kommission bis spät in die Nacht für den Bundesstaat, für die Einheit in Freiheit. Die Föderalisten setzen sich weitgehend durch. Ilg wird zum Berichterstatter für Verfassungsfragen im Plenum bestellt.

Die Länderkonferenz bringt tatsächlich den Durchbruch! Eine der Sternstunden unserer Geschichte. Alle Resolutionen der drei Kommissionen werden einstimmig bestätigt und der Alliierte Rat trägt die Ergebnisse mit.

- Die Staatsregierung wird sofort mit Vertretern des Westens umgebildet; Vorarlberg entsendet Altlandeshauptmann Ernst Winsauer. Im Gegenzug nimmt der Landesausschuss einen Kommunisten auf.
- Die Länderkonferenz tagt noch zweimal zur Behandlung wichtiger Fragen.
- Am 12. Oktober setzt die Staatsregierung die Bundesverfassung wieder weitgehend in Kraft.
- Am 20. Oktober erhält die Staatsregierung von den Alliierten formell die Zustimmung zur Ausdehnung ihrer Kompetenzen auf ganz Österreich.

Damit ist Österreich im Bundesstaat geeint! Und für 25. November sind Nationalrats- und Landtagswahlen ausgeschrieben. – Aber werden faire Wahlen überall möglich sein? Was werden sie bringen?

Ehemalige Nationalsozialisten sind nicht wahlberechtigt, viele Soldaten noch nicht heimgekehrt, die Wahlen werden von den Frauen entschieden. Das Ergebnis ist überraschend, für die Kommunisten vernichtend, doch die Sowjets erkennen die Wahlen an. Die ÖVP hat im Nationalrat und in sieben Landtagen eine absolute Mehrheit errungen; am eindrucksvollsten in Vorarlberg mit 70 Prozent.

Am 11. Dezember konstituiert sich der Landtag und wählt eine Landesregierung. Die ÖVP könnte sie allein stellen, setzt aber auf eine Konzentration der Kräfte. Von ihren Männern der ersten Stunde wählt sie

drei in die neue Regierung: Landeshauptmann Ulrich Ilg, Finanzreferent Adolf Vögel und Wirtschaftsreferent Eduard Ulmer. Dieses „Dreigestirn“ wird bis 1964 die Landespolitik bestimmen.

Am 19. Dezember tritt das Bundesparlament zusammen. Die Alliierten akzeptieren Leopold Figl als Bundeskanzler, 1953 wird ihn Julius Raab ablösen.

Diese rasche Rückkehr zur Einheit in Freiheit erscheint wie ein Wunder. Doch 1945 bleibt keine Zeit zum Staunen. Die Herausforderungen sind unvorstellbar, die Ernährungslage ist katastrophal. Auch Vorarlberg hat zu kämpfen. Von Mai bis Dezember suchen rund 130.000 Menschen über Vorarlberg einen Weg in ihre alte oder in eine neue Heimat. Zehntausende werden bereits ab April über die Schweiz „repatriiert“.

Die Nachbarschaft zur Schweiz ist wieder ein großer Vorteil. Ein geniales Clearingabkommen mit Bern trägt maßgeblich dazu bei, die Menschen wieder relativ rasch in Arbeit und Brot zu bringen.

Ermöglicht hat dieses Abkommen die französische Besatzungsmacht, mit der Vorarlberg ebenfalls begünstigt ist. Dass Frankreich als „ärmste“ der vier Mächte gilt, hat auch Vorteile. Als es den anderen Alliierten folgen und auf den Beitrag zu den Besatzungskosten verzichten muss, räumt es Vorarlberg umgehend seinen Truppen. Im November 1953 holen die Franzosen symbolhaft die Trikolore ein, die acht Jahre lang über der Schattenburg, der „Landesfeste“, geweht hat.

Ende 1945 war mit einem raschen Truppenabzug gerechnet worden. Doch mitten durch Österreich zieht sich bereits eine neue Frontlinie zwischen kommunistischem Osten und demokratischem Westen. Die Besetzung durch die Westmächte sichert die Einheit in Freiheit. Doch die Verhandlungen ziehen sich zermürbend in die Länge, bis sich 1955, mitten im „Kalten Krieg“, überraschend ein Zeitfenster öffnet, das die österreichische Außenpolitik geschickt nützt. Auch Vorarlberg jubelt, als am 15. Mai der Staatsvertrag unterzeichnet werden kann: Österreich gewinnt seine uneingeschränkte Souveränität zurück. Der Herrgott hat es gut gemeint, Österreich hatte unglaublich Glück.

Das alles haben wir versucht, auch mit einer kleinen Ausstellung in Erinnerung zu rufen. Allen, die dazu beigetragen haben, sagen wir herzlich „Vergelts Gott!“

Einen Ehrenplatz in der Ausstellung hat Ulrich Ilg. Zu seinem 100. Geburtstag dürfen wir heute zudem eine Neuauflage seiner ungeschminkten Lebenserinnerungen präsentieren; eine hervorragende Quelle, um sich diesem beeindruckenden Menschen und Politiker unkommentiert, unvoreingenommen anzunähern, mit allen seinen Ecken und Kanten. Ich denke, Vorarlberg darf auf Ulrich Ilg zur Recht stolz sein.